

ABHÖR-AFFÄRE

BND-Chef Schindler infrage gestellt

Bundeskanzlerin Angela Merkel hält auch nach den neuen Vorwürfen gegen den Bundesnachrichtendienst (BND) an ihrer Aussage fest, wonach das Ausspionieren von befreundeten Staaten wie den USA und Frankreich ein Tabu sein müsse. „Das Diktum der Kanzlerin gilt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Auf die Frage, ob BND-Chef Gerhard Schindler im Amt bleiben könne, äußerte sich Seibert ausweichend: Das Kanzleramt habe den Auslandsgeheimdienst angewiesen, den „sehr komplexen Sachverhalt vollständig aufzuklären“. Darauf konzentrierte sich die Bundesregierung jetzt. SPD-Fraktions-

chef Thomas Oppermann fordert bereits jetzt einen radikalen Umbau des Auslandsgeheimdienstes. „Als wir von der massenhaften Ausspähung der NSA in Deutschland erfuhren, waren wir alle empört“, sagte er der „Stuttgarter Zeitung“. Jetzt komme heraus, dass der BND, entgegen aller Beteuerungen, selbst Freunde ausgespäht haben soll. „Es macht mich fassungslos, dass wir das erst jetzt erfahren.“ Der Obmann der grünen Bundestagsfraktion im NSA-Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, stellte die Zukunft von BND-Chef Gerhard Schindler infrage. Der „Mitteldeutschen Zeitung“ sagte er:

„Wenn das alles so stimmt, dann wird man im Bundeskanzleramt und im Bundesnachrichtendienst um Konsequenzen nicht herumkommen.“ Er fügte hinzu: „Denn dann sind wir belogen worden. Natürlich steht dann auch der BND-Präsident zur Disposition.“ Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags, André Hahn (Linke), nannte die Vorgänge „völlig inakzeptabel“. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU), für die Koordinierung der Geheimdienste zuständig, wollte sich dazu nicht äußern. Er bekräftigte im Deutschlandfunk lediglich die Haltung Merkels.